

VI. Das Bild der DDR von ausgewählten Schülern aus Berlin

Für junge Menschen, die zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung oder einige Jahre zuvor oder später geboren wurden, ist die DDR terra incognita. Während das Bild der DDR bei älteren Personen stark von eigenen Erfahrungen und zum Teil konkreten Erlebnissen geprägt ist, kennen die Jüngeren diesen deutschen Teilstaat höchstens aus Erzählungen, Büchern, Filmen oder aus dem Schulunterricht. In Ostdeutschland einschließlich Berlin sind die Nachwirkungen der deutschen Teilung immer noch unmittelbar erfahrbar und prägen vielerorts das Meinungsklima. Gerade in Berlin prallen unterschiedliche Sichtweisen auch bei der jüngeren Generation deutlich stärker aufeinander als im restlichen Ost- und Westdeutschland, wo es zwar unterschiedliche Bewertungen der DDR gibt, diese aber nicht so kontrovers ausfallen. Letzteres bestätigte sich bei der Befragung von Schülern in Nordrhein-Westfalen und Bayern, aber auch in Brandenburg. Sie blicken mit einer gewissen Distanz oder sympathisierenden Nähe auf die DDR, wissen wenig Konkretes über Geschichte und Strukturen und bilden sich zumeist ein assoziatives Urteil über den SED-Staat. Erst im Vergleich zur Bundesrepublik gewinnt die realsozialistische Gesellschaft etwas an Gestalt.

Mittels einer standardisierten Befragung haben wir knapp 2.400 Schüler zu ihrer Meinung über die DDR als Staat und Gesellschaft und ihr Verhältnis zur Bundesrepublik befragt. Das Verhältnis zwischen Ost und West ist in etwa ausgeglichen, etwa Zwei von Drei besuchen ein Gymnasium, jeder Dritte eine Gesamtschule. Die Mehrzahl der Schüler war zum Zeitpunkt der Befragung 16 Jahre alt, knapp jeder vierte hatte dieses Alter noch nicht erreicht und knapp jeder dritte war 17 Jahre und älter.

Die von uns befragten Schüler ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, 42,5 % fühlen sich dem linken und nur gut 8 % dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Ausländische Schüler verorten sich sowohl etwas mehr eindeutig „links“ als auch „rechts“. West-Berliner Jungen geben am häufigsten an, sie seien „eher rechts“ eingestellt. Im Westteil sind mehr Mädchen „links“ eingestellt als im Ostteil, wo Mädchen eher zur Mitte tendieren. Allerdings können nicht alle Schüler zwischen „links“ und „rechts“ im tradierten Sinne differenzieren.

Die SPD wird als Partei von allen Schülern am stärksten bevorzugt, die Bündnis-Grünen bekommen von ihnen gut 2 Prozentpunkten mehr, die Linkspartei 10 Prozentpunkte weniger als bei den Wahlen zum Bundestag 2005. Während die Bündnis-Grünen im Westen deutlich stärker als im Osten sind, gilt dies für die Linkspartei/PDS, deren Potenzial im Westen eher gering ausfällt, umgekehrt. Auf Grundlage dieser Wahlabsichten würde im Westteil der Stadt eine rot-rote Koalition knapp 43 % der Stimmen erhalten, im Ostteil aber gut 5 %; ein rot-grünes Regierungsbündnis könnte in West-Berlin über knapp 59 % der Stimmen verfügen, im Ostteil aber nur über knapp 47 %. Rechtsextreme spielen bei den von uns befragten Berliner Schülern eine untergeordnete Rolle, nur die NPD würde von wenigen männlichen Schü-

lern in beiden Teilen Berlins gewählt werden. Dieses für die rechtsextremen Parteien vor allem für Ost-Berlin magere Ergebnis dürfte aber auch Resultat der Überrepräsentanz von Gymnasiasten bei unserer Umfrage sein.

Glaut man den Schülern, verfügen sie über wenig Wissen über die DDR und das geteilte Deutschland und erfahren auch in der Schule wenig hierüber. Nahezu jeder Zweite gibt an, die DDR sei im Schulunterricht zu wenig behandelt worden, fast drei Viertel sagen sogar, sie hätten zu wenig oder gar kein Wissen in der Schule über die DDR erworben. Mehr als 80 % aller Schüler bekennen, nichts oder wenig über die DDR zu wissen. Allerdings bekundet ein Großteil starkes Interesse an der DDR und möchte mehr über sie und das Leben dort erfahren. Während eine breite Mehrheit von etwa 80 % Dokumentar- und/oder Spielfilme über die DDR kennt und hieraus anscheinend – mehr oder weniger unbewusst – „Wissen“ über diesen deutschen Teilstaat zieht, wird in den Familien nur wenig und eher im Ost- als im Westteil der Stadt über die DDR und das geteilte Deutschland gesprochen. Jedoch jeder Zweite erfährt auch in der Familie etwas über diesen Abschnitt der deutschen Geschichte. In den Freundeskreisen spielt das Thema DDR dagegen so gut wie keine Rolle. Ost-Berliner Schüler halten sich häufiger im Westteil der Stadt auf als ihre West-Berliner Schulkollegen im Ostteil, wobei Mädchen weitaus mobiler als Jungen sind.

Die von vielen Ostdeutschen vermuteten generelle Ressentiments von Westdeutschen bzw. West-Berlinern ihnen gegenüber haben wir bei den befragten Schülern ebenso wie das umgekehrte Stereotyp nicht festgestellt. Erfreulicherweise bestehen wenig wechselseitige Animositäten zwischen den Schülern aus dem jeweils anderen Stadtteil. Da der Freundeskreis zudem generell regional bzw. bezirklich zusammengesetzt ist, hält sich der Anteil von Freunden aus Ost und West im üblichen Rahmen. Im Westen finden wir allerdings einen deutlich höheren Anteil von vorwiegend männlichen Schülern, die mit ihren Altersgenossen im Ostteil prinzipiell nichts zu tun haben wollen. Immerhin knapp jeder Fünfte, unter den Jungen sogar knapp jeder Dritte, lehnt einen Kontakt mit Ostdeutschen ab. Ost-Berliner Schüler sind West-Berlinern gegenüber offener, nur etwa jeder zwanzigste wünscht keinen Kontakt zu Westdeutschen. Auch hier sind es vor allem Jungen, die so denken.

Neben dem Urteil über die DDR allein wollten wir, ohne detailliertes Wissen vorauszusetzen, erforschen, wie die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik bewertet wird. Sicherlich gingen in das Ergebnis mangelnde Kenntnisse über die Verhältnisse in der DDR ein, wiewohl – bei vielen Berliner Schülern durchaus vorhandene – Vorstellungen von Demokratie und Diktatur, von Plan- und Marktwirtschaft, von Individuum und Kollektiv o.ä. eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben dürften.

In der Gesamtschau haben bei dem vergleichenden Themenkomplex die Berliner Schüler eine gespaltene Sicht auf die DDR und die beiden deutschen Teilstaaten. Während die West-Berliner Schüler mit breiter Mehrheit ein deutlich positiveres Bild von der (alten) Bundesrepublik als von der DDR haben, legt sich eine Mehrheit der

Ost-Berliner Schüler nicht eindeutig fest, sondern sieht in etwa gleich viele Vor- und Nachteile in den beiden Staaten und Gesellschaften oder bewertet sie als gleichrangig. Eine breite Mehrheit der ausländischen Schüler verbindet noch stärker als die West-Berliner Schüler bei vielen Fragen negative Assoziationen mit der DDR. Sie votieren daher unterdurchschnittlich häufig bei den verschiedenen Aspekten für diesen deutschen Teilstaat. Viele von ihnen setzen zudem das heutige Ost-Berlin und Ostdeutschland mit der DDR gleich. Vielfach sind ihre Urteile heutigen Ängsten vor rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland geschuldet. Die in die Untersuchung einbezogenen deutschstämmigen Schüler schließen sich dagegen zumeist dem Urteil ihrer Ost-Berliner Kollegen an.

Während sich das Ergebnis für Berlin insgesamt nur wenig von dem in Bayern und Nordrhein-Westfalen unterscheidet, werden beim Blick auf West- und Ost-Berlin die zum Teil gegensätzlichen Standpunkte deutlich sichtbar. West-Berliner Schüler halten bei 24 der insgesamt 28 Themen die Bundesrepublik für besser, Ost-Berliner dagegen nur bei 14. Bei zwei Komplexen bewertet eine relative Mehrheit von ihnen beide Systeme gleich.

Die häufigsten positiven und negativen Eigenschaften, die den beiden Gesellschaftssystemen zugesprochen werden – darin unterscheiden sich die Berliner nicht von den Schülern der anderen Bundesländer –, beziehen sich auf eher unpolitische Aspekte. Der DDR werden die Mietpreise, die Ausbildungsplätze sowie die Kindergarten- und Schulbetreuung zugute gehalten, der Bundesrepublik die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, das gute Leben sowie – als einzige politische Dimension – die Pressefreiheit. Auf der Negativseite der Bundesrepublik stehen der Familienzusammenhalt, die Mietpreise und die Hilfsbereitschaft. Für die DDR werden die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten sowie die Pressefreiheit negativ vermerkt.

Die konträren West-Ost-Einschätzungen fallen bei einigen Themen besonders stark ins Auge. So vermutet jeder zweite Schüler aus dem Westteil eine größere Alltagssicherheit in der Bundesrepublik, womit aber nur jeder vierte Ostschüler übereinstimmt. Diese entscheiden sich mit relativer Mehrheit für die DDR. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei dem Thema „Recht und Ordnung“. Ost-Berliner Schüler begründen ihr Votum mit dem Ergebnis, d.h. einer vermuteten höheren Sicherheit und einem stärkeren Durchgreifen der Ordnungshüter. West-Berliner Schüler dagegen beziehen die rechtsstaatlichen Verhältnisse, die in der DDR fehlten, in ihr Urteil mit ein und kommen vor diesem Hintergrund zu einem negativen Votum über die DDR.

Bei den eher den Alltag der Menschen betreffenden Fragen, die die meisten Schüler wahrscheinlich vor ihrem eigenen familiären Hintergrund beantwortet haben, schneidet die DDR in Ost-Berlin sehr gut ab und im Westen zumindest besser als die Bundesrepublik. Allerdings gründen die Urteile zum Teil auf unterschiedlichen Annahmen. West-Berliner Schüler halten den Zusammenhalt in der Familie und die Hilfsbereitschaft in der DDR für besser bzw. ausgeprägter, weil sie vermuten, die Menschen

hätten sich „notgedrungen“ gegenseitig mehr helfen müssen als in der Bundesrepublik. Ihre Ost-Berliner Schülerkollegen dagegen verweisen häufig auf bessere Rahmenbedingungen und einen insgesamt sozialeren Umgang der Menschen untereinander.

Der unterschiedliche Blick und die divergierende Begründung werden auch bei dem Thema „Kinderbetreuung“ deutlich. Ost-Berliner Schüler fällen ihr Urteil angesichts des flächendeckend vorhandenen Angebots an Kinderbetreuungsplätzen und sprechen sich daher mit absoluter Mehrheit für bessere Verhältnisse in der DDR aus, West-Berliner Schüler beziehen die Qualität und die individuelle Entscheidungsfreiheit mit ein und favorisieren daher mit relativer Mehrheit die bundesrepublikanischen Verhältnisse. Das gleiche Ergebnis sehen wir bei den Freizeitangeboten für Jugendliche, deren Gestaltung in der DDR im Westen mehrheitlich abgelehnt, im Osten mehrheitlich unterstützt wird.

Besonders deutlich prallen die unterschiedlichen Sichtweisen bei der Beurteilung der Schulausbildung aufeinander: Jeweils eine, in West-Berlin sehr breite, in Ost-Berlin zumindest komfortable, absolute Mehrheit spricht sich für den eigenen Herkunftsstaat bzw. den der Eltern aus und gibt dem jeweils anderen schlechte Noten. Da nur eine Minderheit die Schulausbildung als gleichrangig bewertet, sind den Schülern sehr wohl die Unterschiede bekannt, die sie auch entsprechend bewerten. In etwas abgeschwächter Form erkennen wir diesen gegensätzlichen Blick auch bei der Bewertung der Renten und generell der Versorgung im Alter sowie bei den Ausbildungsplätzen und der sozialen Gerechtigkeit. Ost-Berliner Schüler sehen bei diesen Dimensionen des sozialen Lebens die DDR mit zum Teil sehr breiter Mehrheit im Vorteil, während die West-Berliner auch auf diesen Feldern ein Votum für die Bundesrepublik abgeben. Bei der gespaltenen Einschätzung der Situation von Rentnern in den beiden deutschen Teilstaaten ist offensichtlich, dass zumindest im Ostteil ein Urteil nicht auf Wissen, sondern eher auf Annahmen oder milieuspezifischen Legenden beruht.

Kontrovers zwischen Ost und West wird auch die bessere Verwirklichung der „sozialen Gerechtigkeit“ eingeschätzt. Mit breiter absoluter Mehrheit geben West-Berliner Schüler der Bundesrepublik den Vorzug, mit relativer Mehrheit die Ost-Berliner Schüler der DDR. Dabei werden erneut die gegensätzlichen Bewertungsmaßstäbe erkennbar. Für die einen hängt „soziale Gerechtigkeit“ immer mit individuellen Freiheitsspielräumen und mit individueller Leistung zusammen, die anderen messen sie an der vermuteten Gleichheit aller Gesellschaftsmitglieder.

Auch wenn die Qualität des politischen Systems und seiner Komponenten bei den meisten Schülern nicht im Vordergrund bei der Beurteilung der beiden deutschen Teilstaaten stehen, sind für eine allerdings mehr oder weniger stark ausgeprägte Mehrheit die Bewertungsmaßstäbe, die die Schüler auf die beiden Gesellschaftssysteme anlegen, doch von einer pluralistischen und demokratischen Sichtweise ge-

prägt, die es zumindest vielen von ihnen ermöglicht, entscheidende Differenzen zwischen einer demokratisch verfassten Gesellschaft und einer Diktatur zu erkennen. Mit dem freiheitlich-demokratischen System der alten und der neuen Bundesrepublik identifizieren sich etwa zwei Drittel der von uns befragten Schüler, aber etwa jeder Fünfte kann keine Unterschiede zum politischen System der DDR sehen, und sogar knapp 13 % präferieren die SED-Diktatur. Im Ost-West-Vergleich konstatieren wir eine eklatant unterschiedliche Beurteilung. Während die West-Berliner Schüler mit über 80 % für das bundesrepublikanische System votieren, ist es in Ost-Berlin nur etwa die Hälfte der Schüler. Mehr als jeder Vierte setzt Demokratie und Diktatur auf eine Stufe und sogar jeder Fünfte gibt der DDR und damit diktatorischen Verhältnissen den Vorzug. Unter den Ost-Berliner Mädchen liegt der Anteil der mit bundesdeutschen Verhältnissen Sympathisierenden deutlich unter 50 %. Dies mag auch einer generell eher unpolitischen Haltung geschuldet sein, dürfte aber auch von Gesprächen in der Familie und dem Schulunterricht mitbeeinflusst sein. Diese Interpretation bestätigte sich in vielen Gesprächen, wo insbesondere Ost-Berliner Schüler weder die grundlegenden, geschweige denn die detaillierten Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur erklären konnten.

Neben den erheblichen Unterschieden zwischen Ost und West fallen die geschlechts-, alters- und schulspezifischen weniger stark ins Gewicht, wiewohl sie bei einzelnen Aspekten ebenfalls stark ausgeprägt sind. So geben Gesamtschüler gegenüber den Gymnasiasten ein nicht gerade glühendes Votum für das politische System der Bundesrepublik ab. Gleichzeitig bevorzugen zum Teil erheblich mehr von ihnen als Gymnasiasten die DDR bei der Wirtschaftsleistung, bei den Renten und generell bei der Altersversorgung.

Die jüngsten Schüler sind bei allen Aspekten, die einen persönlichen Bezug haben, der DDR gegenüber deutlich skeptischer eingestellt als die älteren. Ihre Sympathie für das politische System der DDR fällt in der Gesamtbetrachtung eher unterdurchschnittlich aus, im Ostteil Berlins aber ebenfalls deutlich höher als im Westteil. Die unterschiedliche Bewertung des politischen und gesellschaftlichen Systems zeigt sich also auch bei den jüngsten Schülern, wenngleich in leicht abgeschwächter Form.

Die Bewertung der DDR und der Bundesrepublik durch die „Geschlechterbrille“ zeigt neben der Neigung von Mädchen, sich weniger festzulegen, bei den meisten Aspekten ein leicht positiveres Votum für die DDR. Dies resultiert zum einen aus einer höheren Unwissenheit, aber auch aus einer vor allem auf die soziale Dimension bezogenen etwas höheren Grundsympathie für den SED-Staat. So halten Mädchen häufiger die Renten und die Altersversorgung in der DDR für besser und identifizieren sich weniger stark mit dem politischen System der Bundesrepublik. Beim vergleichenden Urteil über den Familienzusammenhalt und die Hilfsbereitschaft dagegen neigen Mädchen in deutlich höherem Maße zu einer Gleichbewertung beider Gesellschaften, da für viele von ihnen diese Themen systemunabhängig sind.

In der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft sehen wir ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten bei den befragten Schülern in Berlin. West-Berliner favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, Ost-Berliner sehen mehrheitlich die DDR im Vorteil, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen, wo sie die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen Dimensionen, wo sie der DDR den Vorzug geben. Betrachten wir die Berliner Ergebnisse vor dem Hintergrund der Auswertung in anderen Ländern, bestätigt sich das gespaltene Ost-West-Bild. Die West-Berliner Sicht entspricht in etwa der der Schüler in Bayern und Nordrhein-Westfalen, die der Ost-Berliner dagegen der in Brandenburg.

Aber es gibt auch Themen, bei denen sich die Berliner Schüler einig sind: Der Bundesrepublik werden mehrheitlich von allen die besseren Einkaufsmöglichkeiten, Reiseangebote, der Straßenzustand, Discos, Theater/Kino, ein besserer Wohnungszustand, eine bessere ärztliche Versorgung und bessere Leistungen der Wirtschaft sowie das „gute Leben“ attestiert. Allerdings lassen sich auch hier größere Bewertungsdivergenzen zwischen Ost und West nicht übersehen. So schätzt zum Beispiel jeder fünfte Ost-Berliner Schüler die Wirtschaftsleistungen der DDR höher als die der Bundesrepublik ein, womit aber nur etwas mehr als jeder zehnte West-Berliner übereinstimmt. Die DDR kann mit günstigeren Mietpreisen, Büchern/Schallplatten und der besseren Sportförderung bei Ost- und West-Berliner Schülern gleichermaßen punkten. Aber auch hier zeigen sich in der Höhe der Zustimmung erhebliche Unterschiede. So liegen Ost und West bei der positiven Bewertung der DDR-Sportförderung um mehr als 15 Prozentpunkte auseinander.

Viele Ostdeutsche beurteilen bei Umfragen oder im persönlichen Gespräch die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie – gleichsam dialektisch – in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne in der Gesamtschau als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese Äquidistanz in der Beurteilung von DDR und Bundesrepublik teilt im engeren Sinne nur eine kleine Minderheit von etwa jedem zwanzigsten Schüler, in einem weiteren Sinne aber gut jeder dritte. Hierzu gehören überdurchschnittlich viele Ost-Berliner und Gesamtschüler. In beiden Gruppen liegt die Ablehnung einer gleichwertigen Einordnung von DDR und Bundesrepublik knapp unter 50 %. In West-Berlin lehnen dagegen knapp drei Viertel eine Gleichsetzung der beiden Systeme ab und votieren damit implizit für die Bundesrepublik. Die starke Minderheit der „Neutralen“ möchte mit ihrer Haltung anscheinend ausdrücken, dass sie zwar Unterschiede zwischen den beiden Systemen sehen und der DDR etwas kritischer als der Bundesrepublik gegenüber eingestellt sind, aber dennoch ein eindeutiges Votum für die Bundesrepublik und die DDR ablehnen. Diese Haltung nehmen im Ostteil der Stadt immerhin knapp 42 %, im Westteil noch gut 25 % ein.

Mittels verschiedener Teilskalen haben wir die konkrete Beurteilung verschiedener Dimensionen der DDR abgefragt. Mit jeweils drei oder vier Items sollte der Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR erforscht werden. Selbst wenn einzelne Statements kritisch hinterfragt werden können – was angesichts des erstmaligen Versuchs, ein Geschichtsbild in Skalen zu operationalisieren, gleichsam selbstverständlich ist – dürften die Ergebnisse der Teilskalen eine realistische Sicht widerspiegeln. Die nach der standardisierten Befragung durchgeführten Gespräche mit Schülern legen diese Vermutung ebenfalls nahe.

Die DDR punktet insbesondere bei der Sozialpolitik. Knapp drei Viertel der Schüler – im Ostteil sogar knapp 85 % – haben, bezogen auf die staatliche Sozialpolitik, ein positives oder unentschiedenes Bild der DDR. Selbst in West-Berlin schließen sich diesem mehr oder weniger ausgeprägten Lob für den SED-Staat knapp zwei Drittel der Befragten an. Das vor allem in Ostdeutschland häufig vertretene Lob auf die „sozialistischen Errungenschaften“ scheint also auch unter Berliner Schülern weit verbreitet zu sein. Generell erreicht die DDR bei der Sozialpolitik in Berlin den höchsten durchschnittlichen Zahlenwert, d.h. in keinem anderen Bereich erfährt sie so viel Zustimmung, wobei das Urteil in allen Teilgruppen, außer in der Ost-West-Unterteilung, in etwa gleich ausfällt.

Schon etwas skeptischer betrachten die Berliner Schüler die Wirtschaftspolitik, wenngleich sich auch auf diesem Feld etwa zwei Drittel unentschieden oder positiv äußert. Etwa jeder fünfte Befragte, im Ostteil sogar mehr als jeder vierte und unter den Deutschstämmigen fast jeder zweite, spricht ein eindeutiges Lob für die zentralistische Planwirtschaft der DDR aus. Selbst im Westteil teilt diese Einschätzung gut jeder Achte. Neben den Ost-Berliner Schülern insgesamt neigen vor allem Mädchen, Deutschstämmige, Ältere und Gesamtschüler zu einem positiven Urteil über eine direkte Lenkung der Wirtschaft durch den Staat. Insbesondere Schüler, die sich selbst als eindeutig „links“ oder „rechts“ einordnen, vertreten diese Auffassung. Diejenigen, die sich nicht negativ über die Wirtschaftspolitik der DDR äußern, aber auch nicht ausdrücklich loben, befürworten weniger die seinerzeitige Realität als vielmehr einen höheren Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Die Folie für ihr Urteil bildet insofern ihre Beurteilung von Staat und Wirtschaft in der heutigen Zeit. Der Ruf nach mehr Staat findet also bei vielen Jugendlichen selbst im Westen Gehör. Diese Interpretation bestätigt sich nachdrücklich durch die Antworten auf die Behauptung, „die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt“. Diesen weitgehenden Staatseingriff lehnt nicht einmal jeder Zweite ab, während ihn mehr als jeder Dritte begrüßt und etwa jeder Vierte sich hierfür zumindest offen zeigt. Ost-Berliner und Gesamtschüler äußern die größte Sympathie für eine umfassende staatliche Lenkung der Wirtschaft.

Ein etwas anderes, aber immer noch gespaltenes Bild ergeben die Ergebnisse der Teilskala „Schule und Alltag“. Zwar äußert sich eine knappe absolute Mehrheit gegen die Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR, die andere knappe Hälfte präferiert

das DDR-Modell oder lehnt es zumindest nicht ausdrücklich ab. Bei dieser Skala sehen wir erneut sehr starke Unterschiede zwischen dem West- und dem Ostteil der Stadt. Etwa dreimal so viele Ost- wie West-Berliner Schüler äußern sich bejahend und erheblich mehr West- als Ost-Berliner Schüler verneinend. Nur die Gymnasiasten und die West-Berliner Schüler bringen überdurchschnittlich ihr Missfallen an der überwiegend kollektiven Freizeitgestaltung in der DDR zum Ausdruck. Die vergleichsweise immer noch leicht positive Beurteilung durch viele Schüler verdankt sich der falschen Annahme, das Schulsystem in der DDR sei durchlässiger als das in der Bundesrepublik gewesen und es hätten dort mehr Schüler Abitur machen und studieren können. Warum dies viele Schüler annehmen, konnte auch durch die Gespräche nicht endgültig geklärt werden. Einige Schüler hatten gehört, in der DDR seien Arbeiterkinder besonders gefördert worden. Hieraus vermuteten sie anscheinend einen höheren Anteil an Abiturienten und Studierenden. Die Tatsache, dass in den achtziger Jahren der Anteil der Arbeiterkinder unter Abiturienten der DDR niedriger war als in der Bundesrepublik und die Quote der Studierenden ebenfalls deutlich geringer ausfiel, war nahezu allen Schülern unbekannt.

Deutlich kritischer als bei den vorangegangenen Teilskalen sehen die Berliner Schüler die verschiedenen Aspekte von Jugend und Familie in der DDR. Allein bei der Bewertung der vormilitärischen Erziehung finden wir erstaunlicherweise relativ viele zustimmende oder neutrale Haltungen. Vor allem die organisierte kollektive Freizeitgestaltung stößt auf erheblichen Widerspruch vor allem auf Seiten der West-Berliner Schüler. Eine Präferenz für die Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft äußern auch im Osten nur wenige. Die allermeisten Schüler bevorzugen Individualität verbunden mit der Freiheit, sich hier oder da zu bewegen oder zu organisieren, gegenüber einer Gruppenidentität oder der verordneten Beteiligung an einem Kollektiv. Nur unter mehr oder weniger „rechts“ eingestellten Schülern fällt, allerdings auch auf hohem Niveau, die Ablehnung etwas geringer aus. Anscheinend gibt es unter ihnen Jugendliche, die sich auf diesem Feld DDR-Verhältnisse wünschen.

Insgesamt zeichnet nur eine kleine Gruppe – im Ostteil knapp jeder Zehnte, im Westteil knapp jeder Zwanzigste – ein positives Bild von Jugend und Familie in der DDR. Einer breiten Mehrheit von knapp zwei Dritteln, die eine ablehnende Haltung einnimmt, steht noch gut jeder Vierte gegenüber, der sich nicht festlegen will, bei diesem Aspekte manches in der DDR gut, manches schlecht findet. Neben den Ost-West-Unterschieden finden wir analoge zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern.

In den drei Teilskalen zur politischen Dimension schneidet die DDR nur bei der Außenpolitik, die den meisten Schülern eher fremd ist, zumindest im Gesamtergebnis einigermaßen gut ab. Eine Hälfte, unter ihnen viele Ost-Berliner, Deutschstämmige und Gesamtschüler, lobt die Außenpolitik der SED oder nimmt eine neutrale Haltung an, die andere Hälfte, vornehmlich West-Berliner Gymnasiasten und ältere Schüler, lehnen sie durchgängig ab. Einer schlechteren Bewertung entgeht die DDR durch die

vergleichsweise hohe Zustimmung oder unentschiedene Haltung zum Antifaschismus, der das Ansehen der Deutschen im Ausland verbessert habe. Was „Antifaschismus“ in der DDR bedeutete, war den allermeisten Schülern jedoch nicht bekannt, wie sie auch wenig oder überhaupt nichts über das Ansehen der DDR im Ausland wussten.

In den verbleibenden zwei Teilskalen ging es um das Ausmaß der Relativierung/Verharmlosung der Diktatur und speziell der Repression in der DDR. Zwar wendet sich auch hier eine satte Mehrheit von fast 69 % der Befragten gegen jede Form der Verharmlosung diktatorischer Verhältnisse und nur eine kleine Minderheit kann der Diktatur Positives abgewinnen, aber immerhin etwa jeder Vierte äußert sich unentschieden und bei einzelnen Items halten sich viele Schüler in ihrem Urteil zurück. Insbesondere bei den Fragen zur führenden Rolle der SED und nach der Legitimation des SED-Staates durch freie Wahlen zeigen sich viele Schüler verunsichert, was sich bei beiden Items in hohen Anteilen neutraler Antworten niederschlägt. Bei dieser Teilskala fallen die Ost-West-Differenzen geringfügiger als bei den anderen aus. Allerdings finden wir bei Ost-Berliner, ausländischen und in großem Maße bei deutschstämmigen Schülern eine ausgesprochen hohe Quote widersprüchlicher Antworten. Anscheinend sind viele von ihnen aufgrund von Unwissenheit nicht in der Lage, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen. Unterschiede zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern in der zusammenfassenden Bewertung dieser Statements fallen dagegen deutlicher als bei den anderen Teilskalen aus. Dieses Ergebnis resultiert nicht zuletzt aus dem mangelhaften Wissen vieler Gesamtschüler über den Zusammenhang von Demokratie und freien Wahlen und die offensichtliche Trennlinie von Demokratie und Diktatur. Insgesamt aber lehnt eine breite Mehrheit diktatorische Verhältnisse ab, ohne sich allerdings gegen jede Facette der Diktatur in gleicher Weise auszusprechen.

Die deutlichste Ablehnung erfährt die DDR bezogen auf die Verharmlosung/Relativierung repressiver Maßnahmen. Bei dieser Teilskala sehen wir den höchsten durchschnittlichen Skalenmittelwert und die höchste Quote negativer Urteile. Zu den Statements dieser Skala hatten die Schüler offensichtlich eine Meinung und legten sich insofern stärker auf ein eindeutiges Urteil fest. Gleichwohl steht der breiten Mehrheit, die die Repression in der DDR eindeutig verurteilt, knapp jeder vierte Schüler – vor allem im Ostteil der Stadt und bei Gesamtschülern – gegenüber, der zumindest einige Facetten von Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender nicht ablehnt oder ihnen durchgängig sogar zustimmt. Erfreulicherweise betrachten aber fast 88 % der Schüler die von der SED angeordneten Maßnahmen an der innerdeutschen Grenze als Verbrechen. Positiv bleibt zu verzeichnen, dass eine sehr breite Mehrheit der Schüler sehr wohl den repressiven Charakter der DDR erkennt und verurteilt und nur sehr wenige ein durchgängig verharmlosendes Bild von der DDR haben, aber eine nennenswerte Minderheit zu keinen Urteil fähig ist.

In der Gesamtwertung, in die alle Teilskalen und ihre Items einfließen, ergibt sich kein eindeutiges Bild: Neben einer knappen absoluten Mehrheit der Schüler, unter ihnen überdurchschnittlich viele West-Berliner und ausländische Schüler sowie Gymnasiasten, sehen wir eine andere knappe Hälfte, darunter viele Ost-Berliner, Gesamtschüler und Deutschstämmige, von denen zwar auch nur sehr wenige ein durchgängig positives Bild der DDR haben, aber sich mehrheitlich nicht auf ein Urteil festlegen wollen. Sie haben ein neutrales Bild des SED-Staates auf, das gleichermaßen von positiven und negativen Urteilen bei bestimmten Aspekten bestimmt ist.

Überraschenderweise hat im Gesamtbild die politische Einstellung der Schüler einen sehr geringen Einfluss auf die jeweilige Haltung. Selbst die mehr oder weniger „links“ eingestellten Schüler unterscheiden sich in ihrem Gesamturteil nicht auffällig von den anderen. Die politisch „rechts“ Eingestellten, aber auch die Schüler der politischen Mitte, kommen auf die DDR-freundlichsten Werte. Ein etwas anderes Bild bei der Gesamtbewertung der DDR sehen wir bei den Anhängern verschiedener Parteien. Hier stehen auf der DDR-kritischen Seite vor allem die Sympathisanten der Bündnis-Grünen und auf der der DDR eher zugeneigten die Anhänger von Linkspartei und NPD.

Neben den bildungs- und herkunftsspezifischen Unterschieden gibt es auch geschlechts- und altersspezifische. Mädchen neigen häufiger zu einer neutralen Haltung, ältere Schüler sind dagegen deutlich kritischer und entscheidungsfreudiger eingestellt als jüngere. Geradezu eklatant ist die Differenz im Urteil zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern. Während unter Letzteren nicht einmal 40 % eine durchgängig negative Einstellung dem SED-Staat gegenüber aufweisen, liegt der diesbezügliche Anteil bei Gymnasiasten bei fast zwei Dritteln.

Wie schon bei den meisten Teilskalen haben auch im Gesamturteil die Schüler den kritischsten Blick, die meinen, die DDR würde zu viel in der Schule behandelt, und bei denen, die angeben, viel über die DDR zu wissen. Gleiches gilt für Gespräche in der Familie und im Freundeskreis über das Thema DDR. Sie führen bei einem als angemessen empfundenen Umfang zu einer eher kritischen Haltung diesem deutschen Teilstaat gegenüber.

Erwartungsgemäß haben die Ost-Berliner Schüler, die mit „Wessis“ grundsätzlich nichts zu tun haben wollen, ein weit überdurchschnittlich positives Bild von der DDR und nur gut jeder fünfte von ihnen kommt zu einem durchgängig negativen Urteil. Dieses Ergebnis findet bei den West-Berliner Schülern, die mit „Ossis“ prinzipiell keinen Kontakt wünschen, keine Entsprechung. Sie lehnen zwar etwas überdurchschnittlich die DDR ab, stehen aber im Gesamtergebnis nicht in einem entsprechend krassen Missverhältnis zu den anderen Schülern. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass diejenigen, die eine strikte Trennlinie zum jeweiligen Gegenüber aufweisen, die DDR entweder milder oder härter bewerten.

Trotz des vor allem durch die Herkunft und den Schultyp stark gespaltenen Blick auf die DDR kann als Fazit bei der Betrachtung des Gesamturteils festgehalten werden, dass eine knappe absolute Mehrheit der Berliner Schüler die DDR kritisch bzw. negativ sieht, und nur wenige dieser Diktatur durchgängige Sympathien entgegenbringen, aber immerhin auch fast jeder zweite Befragte sich im Urteil unschlüssig zeigt.

Die Auswertung von Statements über die DDR und die Wiedervereinigung, die nicht in die Skalenberechnung eingingen, brachte zum Teil überraschende Ergebnisse. So stimmt der Aussage, die niedrige Zahl von Ausländern in der DDR sei gut gewesen, fast ein Viertel aller Befragten zu, und fast noch einmal so viele sprechen sich nicht eindeutig hiergegen aus. In Ost-Berlin nimmt sogar eine knappe absolute Mehrheit diese Haltung ein. Erwartungsgemäß finden sich unter ihnen viele mehr oder weniger „rechts“ eingestellte Jugendliche.

Eine ausländerkritische bzw. ablehnende Haltung bei einem nennenswerten Teil der befragten Schüler findet sich auch bei der Auswertung des Statements, wonach der Ausländeranteil in Deutschland auf DDR-Niveau gesenkt werden solle. Nur gut mehr als die Hälfte der Schüler spricht sich gegen die Position aus – wiederum weitaus weniger Schüler im West- als im Ostteil der Stadt. Vorbehalte gegenüber Ausländern äußert vor allem ein relativ hoher Anteil der männlichen Jugendlichen sowie der Gesamtschüler. Diese Gruppen sind gleichzeitig rechtsextremen Parolen und Parteien gegenüber offener und aufgeschlossener, wie unsere Auswertung ergibt.

Das in der Öffentlichkeit vor allem in Ostdeutschland vorherrschende (Vor-)Urteil, die DDR würde als System nur schlechtgeredet, um die Ostdeutschen schlecht zu machen, findet vor allem bei Ost-Berliner Schülern mehrheitlich Gehör. Nur knapp jeder dritte von ihnen schließt sich dieser Auffassung, die eine Mehrheit ihrer West-Berliner Schülerkollegen teilt, an. Diese Haltung dürfte nicht zuletzt Ergebnis familiärer Gespräche sein.

Die Wiedervereinigung werten erfreulicherweise trotz aller Kritik im Detail fast 80 % der Schüler als positives Ereignis der deutschen Geschichte. Allerdings kommt auch hier die skeptischere Haltung der West-Berliner Schüler zum tragen, die sich deutlich weniger als ihre Ost-Berliner Mitschüler darüber freuen. Ähnlich positiv betrachten mehr als zwei Drittel der Schüler – insbesondere Gymnasiasten – das Ende der DDR durch eine friedliche Revolution. Eine breite Mehrheit der West-Berliner Schüler akzeptiert auch die extrem hohen Kosten der Vereinigung, sieht aber als Grund den maroden Zustand der DDR-Wirtschaft. Diesen Zusammenhang sehen viele Ost-Berliner Schüler dagegen nicht, wenngleich auch sie mehrheitlich die West-Ost-Transfers begrüßen.

In ihrem Urteil über den Sozialismus als gute Idee und schlechte Realität in der DDR sind die Schüler ebenfalls, aber überraschenderweise in geringerem Maße gespalten: Nur gut 30 % – mehr im West- als im Ostteil der Stadt – sprechen sich gegen

diese Auffassung aus, aber knapp 38 % – weniger West- als Ost-Berliner Schüler – befürworten diese Stellungnahme und ebenfalls über 30 % können oder wollen sich bei diesem Thema nicht festlegen. Aber auch von den Sympathisanten des Sozialismus sieht nur eine kleine Minderheit die SED als Vorbild für eine wünschenswerte starke Partei, die die Interessen aller Gruppen des Volkes vertritt, darunter häufiger Ost- als West-Berliner und vor allem ausländische Schüler. Diese Ost-West-Differenz zeigt sich auch bei der Beantwortung der Alternative Freiheit oder soziale Sicherheit: Eine breite Mehrheit aller Schüler will lieber in Freiheit leben als vom Staat rundum versorgt zu werden – allerdings denken so knapp 71 % der West-Berliner, aber nur knapp 54 % der Ost-Berliner Schüler. Insofern spiegelt sich die auch in der gesamten Bevölkerung vorhandene gegensätzliche Bewertung bei den Berliner Schülern wider.

Als Ergebnis der Zusatzbefragung lässt sich festhalten, dass sich zwar eine breite Mehrheit der Berliner Schüler über die Wiedervereinigung freut und ein Votum für Pluralismus und Demokratie abgibt, aber eine nennenswerte Minderheit hierzu eine skeptische Haltung einnimmt. Eine mehr oder weniger latente Ablehnung einer nicht gerade kleinen Minderheit von zu vielen Ausländern wird ebenso sichtbar wie eine Bevorzugung von sozialer Sicherheit gegenüber Freiheit. Die alters- und schulspezifischen Unterschiede fallen geringer als in anderen Abschnitten des Fragebogens aus. Die herkunfts-, aber auch die geschlechtsspezifischen Sichtweisen differieren dagegen zum Teil beträchtlich. Generell beurteilen Jungen manche Aspekte aus einer eher materialistischen Sicht, Mädchen eher aus einer gefühlsmäßigen. Die Gespräche zeigten, dass selbst bei einem gleichen Urteil von Ost- und West-Berliner Schülern die Gründe hierfür unterschiedlich sein können. Der Ost-West-Graben schimmert sowohl bei den Ergebnissen der standardisierten Befragung als auch bei den Gesprächen immer wieder durch. Die unterschiedlichen Milieus zeigen selbst bei Fragen zur Wiedervereinigung und Grundeinstellungen Wirkung.

Der von uns vermutete geringe Wissensgrad über die DDR hat sich durch die Auswertung des Fragebogens größtenteils bestätigt: Von den acht Fragen, die wir den Schülern gestellt haben, wurden nur wenige von einer Mehrheit aller Schüler richtig beantwortet. Auch bei diesem Fragebogenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler – West- oder Ost-Berlin oder Ausland – als ausschlaggebend für ihre Antworten. Beispiel hierfür ist die Frage nach der höheren Lebenserwartung, die die Hälfte der Schüler zu Recht der Bundesrepublik zurechnet, aber nur knapp 38 % der Ost- gegenüber knapp 61 % der West-Berliner Schüler. Gleiches gilt für die Todesstrafe, die eine Mehrheit fälschlicherweise keinem der beiden deutschen Teilstaaten zutraut, gleichwohl deutlich mehr West-Berliner und ausländische Schüler als Ost-Berliner und Deutschstämmige der DDR.

Bei der Frage nach der saubereren Umwelt erhalten wir ein gespiegeltes Ost-West-Bild. West-Berliner Schüler halten zu Recht die Umweltpolitik der Bundesrepublik mehrheitlich für besser, Ost-Berliner fälschlicherweise die der DDR. Überraschenderweise liegt in der Gesamtauswertung die DDR knapp vor der Bundesrepublik, d.h.

einer der europaweit führenden Umweltverschmutzer wird von einer relativen Mehrheit der befragten Berliner Schüler als der umweltfreundlichere Staat eingestuft. Bei den Gesprächen fiel das Votum für die DDR noch größer aus. Viele Schüler gaben als Begründung an, in der DDR hätte es weniger Industrie und Autos und einen kontrollierenden Staat gegeben, der der Wirtschaft Auflagen erteilen konnte. Dass der Staat bzw. die SED das gerade Gegenteil veranlasst hat, um die Wirtschaftskraft zu steigern, war den Schülern nicht bekannt.

Während eine breite Mehrheit den Volksaufstand am 17. Juni 1953 korrekt der DDR zuordnet, weiß nur eine relative Mehrheit, dass es in diesem Staat Arbeitslager gab. Erneut vermuten dies weniger Ost- als West-Berliner Schüler.

Die falsche Einschätzung einer relativen Mehrheit der Schüler, in der DDR hätten alle das gleiche Einkommen und Vermögen gehabt, ist angesichts der Tatsache nachvollziehbar, dass diese Position von vielen, vor allem auch Ostdeutschen, geteilt wird und in der öffentlichen Debatte immer wieder vorgebracht wird. Allerdings bestreiten dies auch etwas mehr Schüler aus dem Ostteil. Erschreckender erscheint uns aber zu sein, dass über 40 % der befragten Berliner Schüler – mehr als die Hälfte der Gesamtschüler – nicht wissen, in welchem Jahr die Berliner Mauer gebaut wurde und nur ein gutes Drittel wusste, dass die DDR die Mauer errichtet hat. Sie wird von vielen Schülern nur in Verbindung mit dem Kalten Krieg gesehen, ohne dass Verantwortlichkeiten bekannt wären.

Abgesehen von der Frage nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 besitzt ein Großteil der Berliner Schüler – bei einigen Fragen deutlich mehr Ost- als West-Berliner – wenig Kenntnisse über die Zustände in der DDR, wobei bei einigen Fragen deutlich mehr Ost- als West-Berliner falsch oder überhaupt nicht antworten. Anscheinend führen Familiengespräche, aber auch ein ausgeprägtes Desinteresse vor allem bei bildungsferneren Schichten sowie fehlender Schulunterricht zu diesen Themen bei einer Mehrheit der Schüler vor allem im Ostteil Berlins zu einem falschen DDR-Bild. Ohne konkrete Kenntnisse wird dort von vielen die DDR reflexhaft mit Hinweis auf ihre positive soziale Dimension verteidigt und ihre negativen Aspekte ignoriert oder relativiert. Bei einigen Themen scheinen auch vielen Lehrern Kenntnisse zu fehlen bzw. sie sperren sich grundsätzlich gegen Verbreitung negativer Informationen über die DDR.

Die richtige Zuordnung von Politikern, die ihren Staat nachhaltig geprägt haben, gelingt zumeist nur einer relativen Mehrheit, bei den bundesdeutschen Politikern manchmal gerade der Hälfte der Schüler. Hier verfahren sie allerdings, wie sie in Gesprächen zugaben, zum Teil nach dem Ausschlussverfahren: Politiker, deren Namen sie nicht kannten bzw. die ihnen gänzlich unbekannt erschienen, verorteten sie mitunter in die Bundesrepublik bzw. die DDR, je nach eigener Herkunft. Viele Jungen und noch mehr Mädchen kannten die meisten Politiker nicht.

Während Adenauer, Willy Brandt, Erich Honecker und Helmut Kohl wenigstens eine absolute Mehrheit im richtigen Staat verortete, sind die anderen Staatsmänner vielen unbekannt. Ludwig Erhard zum Beispiel kennt nur ein gutes Viertel der befragten Schüler als bundesdeutschen Politiker und selbst Helmut Schmidt, der bis zum heutigen Tag an öffentlichen Debatten teilnimmt, wird von nicht einmal jedem zweiten befragten Schüler als Politiker der Bundesrepublik eingeordnet. Eine beträchtliche Minderheit verlegt vor allem westdeutsche Staatsmänner in den Osten. So hält fast jeder dritte Befragte, im Ostteil deutlich mehr als im Westteil, Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker, und selbst der ehemalige Regierende Bürgermeister und erste sozialdemokratische Kanzler Willy Brandt wird von knapp jedem Fünften im Westen und mehr als jedem Dritten im Osten in die DDR gebeamt. Einen hohen Bekanntheitsgrad unter allen Schülern haben nur Helmut Kohl und Erich Honecker, die das politische Bild der beiden Staaten in den achtziger Jahren geprägt haben. Das ist eine nicht gerade überzeugende Bilanz für die Kenntnisse der Schüler über die deutsche Teilungsgeschichte und deren Akteure.

Für sich genommen, d.h. ohne die vergleichende Auswertung der Befragungen in anderen Bundesländern, lässt sich das zentrale Ergebnis für Berlin zugespitzt wie folgt zusammenfassen: Viele Schüler wissen nur wenig über die DDR und die deutsche Teilungsgeschichte, da sie in der Schule anscheinend nur am Rande behandelt wird und im Freundes- und Familienkreis nicht gerade häufig Gesprächsthema ist. Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt insofern eher assoziativ, wobei vor allem Ost-Berliner Schüler, die bei den von uns abgefragten Themen über noch weniger Kenntnisse als West-Berliner verfügen, zu einer Ausblendung negativer Dimensionen der DDR neigen. Sie, aber auch viele andere Schüler, heben insbesondere die positiven sozialen Aspekte der DDR hervor und favorisieren einen Staat, der die Wirtschaft umfassend lenkt. Zwar steht eine Mehrheit der befragten Schüler hinter dem freiheitlich-demokratischen und pluralen System der Bundesrepublik, aber im Ostteil und unter den deutschstämmigen Schülern ist es nicht einmal die Hälfte, die ein eindeutiges Votum gegen die DDR und für die Bundesrepublik abgibt. Wenige Schüler haben ein durchgängig positives DDR-Bild, eine knappe absolute Mehrheit ein eher negatives; sehr viele Schüler sind in ihrem Urteil nicht festgelegt, sehen positive wie negative Aspekte der DDR. Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern nicht bekannt. In dem Maße aber, wie konkretes Wissen über die DDR vorhanden ist, steigt auch der Anteil derer, die diese Diktatur nachdrücklich ablehnen. Neben alters- und geschlechtsspezifischen Bewertungsdifferenzen springen vor allem die Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern ins Auge. Unter vielen ostdeutschen Schülern lebt die alte, im Nachhinein idealisierte und auf ihre sozialen Aspekte reduzierte DDR fort, im Westteil Berlins wird sie von einer breiten Mehrheit vor allem als Diktatur mit sozialem Anstrich gesehen.